

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Freitag, den 22. September 1893.

## † Die bevorstehenden Landtagswahlen.

Nachdem soeben für die Landtagswahlen ein neues Reglement erlassen worden ist und da voraussichtlich die Urwahlen Ende Oktober stattfinden werden, ist es an der Zeit, sich darüber klar zu werden, welche Pflichten und Aufgaben hiermit an das preussische Volk herantreten.

Die hinter uns liegende fünfjährige Gesetzgebungsperiode ist von seltener Fruchtbarkeit gewesen. Wir brauchen nur hinzuweisen auf das Zustandekommen der Landgemeindeordnung in den sieben östlichen Provinzen und ihre Einführung in Schleswig-Holstein, sowie auf die durchgreifende Umgestaltung der staatlichen und kommunalen Besteuerung, Ziele, die lange vergebens erstrebt wurden und nunmehr glücklich erreicht worden sind.

Nach solchen Leistungen der gesetzgeberischen Thätigkeit ist es natürlich, daß nicht sofort neue große organische Gesetze in Angriff genommen werden können. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird zunächst darin bestehen, die neuen Gesetze völlig aus- und durchzuführen, ihre Wirksamkeit zu erproben und etwa hervortretenden Mängeln abzuwehren. Mit der Durchführung dieser Gesetze erwächst den Verwaltungsbehörden eine Arbeit, welche die Beschäftigung mit neuen eben so großen Aufgaben vor der Hand nicht zuläßt. Insbesondere aber wird der Bevölkerung Zeit zu lassen sein, sich in die neuen Gesetze, namentlich in die Reform der staatlichen und kommunalen Besteuerung, einzuleben.

Wenn hiernach auch fürs Erste der Landesvertretung so große Aufgaben wie in den letzten Jahren nicht gestellt werden dürften, so verlieren damit die Wahlen, aus denen sie hervorgehen soll, nicht an Wichtigkeit. Um dies zu erkennen, bedarf es nicht erst des Hinweises auf Dinge, die Niemand voraussehen kann, die aber in einem Zeitraum von fünf Jahren möglicher Weise eintreten und Beschlüsse des Landtages von weittragender Bedeutung erfordern können. Gewiß ist, daß auch in den nächsten Jahren die Gesetzgebung vielfach in Anspruch genommen werden wird, um Begonnenes fortzuentwickeln, Mangelhaftes zu verbessern, Neues zu schaffen. Es kann nicht ausbleiben, daß die Fragen, welche auf politischem, socialem und wirtschaftlichem Gebiet das Volk bewegen, auch den Landtag beschäftigen und zu wichtigen Berathungen und Beschlüssen führen werden.

Ergiebt sich hieraus die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten so darf weder der Meinung, daß es auf diese weniger ankomme, als auf die Reichstagswahlen, noch der Ermüdung und Abspannung von den erst vor wenigen Monaten stattgehabten Wahlkämpfen Raum gegeben werden.

Die Wähler haben dafür zu sorgen, daß das neue Abgeordnetenhaus gleich dem bisherigen den ihm gestellten Aufgaben gewachsen und Willens sei, sie im Einvernehmen mit der Staatsregierung zu erfüllen. An Anstrengungen, andere Bahnen der Politik einzuschlagen, wird es nicht fehlen. Um so größer ist die Pflicht Derjenigen, welche die bisher erzielten Erfolge zu würdigen wissen, darauf hin zu arbeiten, daß durch die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses eine gedeihliche Fortentwicklung unseres Staatswesens gesichert bleibe.

## Die „Wissenschaft“ der Socialdemokratie.

### II. Das Erfurter Programm.

Auf dem Parteitag in Halle (Oktober 1890) war eine Commission mit der Aufgabe betraut worden, ein neues Programm zu entwerfen, das in allen Punkten der „Wissenschaft“ entspreche. Gegen einen Entwurf Liebknechts sandte Engels aus London einen anderen ein, auf den sich alle Stimmen in der Commission einigten. In der That war Engels, der anderthalb Menschenalter hindurch mit Marx aufs engste befreundet war, mit ihm wie das communistische Manifest, so auch andere Schriften gemeinsam verfaßt und

als Herausgeber des Marx'schen Nachlasses den versprochenen dritten Band des „Capitals“ noch immer nicht geliefert hat, der geeignetste Mann für die Formulierung neuer dogmatischer Lehrsätze. Sein Entwurf überraschte weder durch neue Gedanken — diese Arbeit war im communistischen Manifest schon vorgethan — noch durch gleichenden Stil, war aber in allen Hauptstücken dem Manifest so gleich, wie der Entel dem Urahn nur sein kann.

In der Presse und in Versammlungen wurde der Entwurf vielfach erörtert; eine große Anzahl neuer Vorschläge wurde gemacht, es kam aber nichts Besseres dabei heraus. Nur der „Neuen Zeit“ in Stuttgart gelang es, den Entwurf wirklich in mehreren Beziehungen zu verbessern. Die vom Erfurter Parteitag niedergesetzte Commission berieth auf der Grundlage des Entwurfs der „Neuen Zeit“, und das Ergebnis ihrer Arbeit bestand im Wesentlichen darin, daß sie an geeigneter Stelle ein paar Absätze des Engelschen Entwurfs wieder in das Programm einfügte. Die Verhandlungen des Parteitages selber beschränkten sich auf eine lange Rede des Referenten Liebknecht, nach der das Programm in der Fassung der Commission im Ganzen ohne jeden weiteren Redewechsel angenommen wurde. In seiner gegenwärtigen Gestalt sind der dritte und vierte und die beiden letzten Absätze des ersten grundsätzlichen Theils das geistige Eigenthum Engels, das Uebrige entstammt der „Neuen Zeit“.

Von Nebensächlichem abgesehen, hatte Engels die Trennung der Arbeiter von den Productionsmitteln und deren Uebergang in das Monopol Weniger, sowie die daraus folgende Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen als eine fertige Thatsache hingestellt. Das Programm spricht jetzt nur aus, daß dies das Ende der Entwicklung unter kapitalistischer Productionsweise sein werde. Auffaugung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, riesenhaftes Wachsthum der Productivität der menschlichen Arbeit, Aneignung aller Vortheile dieser Umwandlung durch die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, wachsende Zunahme des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten, Kleinbürger, Bauern, — das sind nach dem Programm die Merkmale der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Immer massenhafter — heißt es weiter — wird die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten; immer verheerender werden die im Wesen der kapitalistischen Productionsweise begründeten Krisen; sie erheben die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft — Marx im Kleinen. Nun kommt die Schlussfolgerung aus diesen Vorderätzen: Nur die Verwandlung des Privateigenthums an Productionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum, die Umwandlung der Waarenproduction in socialistische kann den Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit aus einer Quelle des Elends zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt machen. Dann gleiches Recht und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Alles ungefähr so, wie es im communistischen Manifest geschrieben steht.

Der Ring ist geschlossen. Wir haben jetzt den theoretischen Communismus im Geiste von Marx in vollster Reinheit vor uns. Daß man sich noch socialdemokratisch und nicht vielmehr communistisch nennt, ist Gewohnheit und thut nichts zur Sache. Die Schlacken der früheren Programme, wie nationaler Rahmen, Productivgenossenschaften, sind gefallen. Auch der „Staat“ kommt in keinerlei Gestalt mehr vor. Wir sehen also, daß sich, wie ein süddeutsches Blatt treffend hervorhob, die socialdemokratische Lehre inhaltlich nirgends über ihren Ursprung erhoben und neue Richtungen eingeschlagen hat, sondern im Gegentheil auf ihn, in rückläufiger Bewegung, nach mancherlei Curven und Abirrungen allmählich zurückgegangen

ist: eine eigenthümliche Entwicklung, nicht vorwärts und Neues bildend, sondern rückwärts in immer mehr geläuterter Anpassung an die communistischen Ideen von Marx.

Wie bei diesem wirtschaftlich kommunistischen, politisch nihilistischen Standpunkte bürgerliche Blätter meinen können, die Socialdemokratie sei nach diesem neuen Programm gemäßigter, friedlicher, zahmer geworden, wäre ganz unerfindlich, wenn nicht die Erfahrung lehrte, daß die Blicke oberflächlicher Beurtheiler leicht an den Nebendingen haften. Im zweiten Theile, der eine Reihe von Uebergangsforderungen enthält, sind allerdings im Vergleich mit dem Gothaer Programm neben Verschärfungen auch einige Abschwächungen enthalten. Das Wahlrecht sollen nicht mehr „alle Staatsangehörigen“ sondern „alle Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen“ haben. Außerdem wird neu das Proportionalwahlssystem gefordert. Zur Erklärung der Religion zur Privatsache ist die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen oder religiösen Zwecken hinzugetreten. Der unentgeltliche Unterricht ist durch die Weltlichkeit der Schule und durch den Zwang zum Besuche der öffentlichen Volksschule ergänzt. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk hat den Zusatz „vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts“ erhalten, eine genauere Fassung, die schon im Eisenacher Programm gegeben war, weiter nichts. Neu ist die Forderung: Wahl der Behörden durch das Volk. Ueber Krieg und Frieden soll nicht mehr das Volk, sondern sollen die gewählten Vertreter des Volkes entscheiden, einfach weil es nicht durchführbar ist, durch das Volk Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Nebenbei bemerkt, wird der Zukunftskrieg nach einer Rede Bebel's vom 16. Juli 1891 „sehr viel Chancen für eine Umänderung der Gesellschaft in unserm Sinne“ bieten.

Das Programm schließt mit Forderungen zum Schutze der Arbeiterklasse, wie Achtstundentag, Verbot der Kinder- und der Nachtarbeit, Reichsarbeitsamt, Arbeitskammern, Beseitigung der Gefindeordnungen u. s. w.

Gewiß sind unter diesen Forderungen des zweiten Theiles wenige, die nicht auch hie und da von bürgerlichen Demokraten gestellt worden wären. Aber Bebel bemerkte einmal ganz richtig, daß es keine Partei, außer der socialistischen, weder im Inlande, noch im Auslande gäbe, die für alle diese Forderungen in ihrer Gesamtheit einzutreten wagte. Und vor allem: es sind nur vorläufige Forderungen, deren Charakter durch das Wort „zunächst“ genügend deutlich gemacht ist. Sie haben alle die heutigen Verhältnisse zur Voraussetzung und sollten nach den Erläuterungen der „Neuen Zeit“ nicht einmal als Uebergangsforderungen zur Verwirklichung des „Zukunftsstaates“ gelten. Warum sich die Partei nicht auch, wie in den Grundsätzen und im Endziel, so in den Uebergangsforderungen offen an das kommunistische Manifest (Confiscationen, Abschaffung des Erbrechts etc.) anschließt, wird später im Zusammenhange mit dem Schweigen über die Einrichtungen des Zukunftsstaates noch zu erörtern sein. Zuvörderst müssen wir uns mit der Frage nach der inneren Wahrheit des grundsätzlichen Theils beschäftigen.

## Neuigkeiten aus der Verwaltung.

### Hygienische Kurse für Verwaltungsbeamte.

In den hygienischen Instituten der Universitäten Breslau, Königsberg, Kiel, Berlin und Marburg werden für Verwaltungsbeamte hygienische Kurse eingerichtet werden, die, soweit sich ein Bedürfnis dazu ergibt und die nächstgelegenen Aufgaben der Anstalten es gestatten, von Zeit zu Zeit wiederholt werden sollen. Als Ziel wird erstrebt, den Theilnehmern durch Vorträge und Demonstrationen einen Einblick in die ihren Wirkungskreis berührenden Theile der Hygiene (also u. A. Wasserversorgung, Wohnungshygiene, Kanalisation, Volksernährung, Desinfection etc.) zu verschaffen. Für diesen Zweck sollen die Sammlungen der Institute, sowie besonders die sanitären Einrichtungen der Lehrorte und ihrer Umgebung in möglichst ausgedehntem Maße nutzbar gemacht werden.

Zu den einzelnen Kursen könnten 15 bis 20 Theilnehmer, an dem hygienischen Institut in Königsberg jedoch nur 12 bis 15 Theilnehmer zugelassen werden. Das Honorar ist auf 30 Mark neben 6 Mark Institutsgebühren bemessen. Nach einem Erlaß des Unterrichtsministers sind die Directoren und Lehrer der höheren Schulen und Seminare auf die getroffene Einrichtung aufmerksam gemacht worden.

## Politische Tagesfragen.

### Das neue Wahlreglement

bringt mehrfache Erleichterungen des Verfahrens bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, womit Wünschen entsprochen ist, die im Abgeordnetenhaus geäußert worden waren. Trotzdem werden in einzelnen Blättern noch Ausstellungen gemacht, die mehr oder weniger hinfällig sind. So soll z. B. die Vorschrift, die Wahl zu einer „für die Wahlbetheiligung möglichst günstigen“ Stunde anzusetzen, nicht bestimmt genug sein, man könne ja nicht wissen, wie sie die Behörden ausführen würden. Allein der Sinn ist vollkommen deutlich, und bestimmte Anhaltspunkte zu geben verbot sich wegen der außerordentlichen Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse, auf die eben Rücksicht genommen werden soll. Der Einwand aber wegen der Ausföhrung durch die Behörden ließe sich so ziemlich gegen jede neue Bestimmung erheben, ohne daß damit mehr als voreiliges Mißtrauen gegen die Behörden bewiesen würde. Die schon erwähnte ministerielle Verfügung vom 18. d. Mts. weist besonders darauf hin, daß allenthalben auf einen den Interessen der Urwähler entsprechenden Gebrauch der neuen Vorschrift zu achten sei. Eine andere Ausstellung bezieht sich darauf, daß nicht überhaupt jeder Wähler zu der für ihn bequemsten Tagesstunde am Wahlische erscheinen könne und keine Zeit für den Schluß der Wahlhandlung vorgeschrieben sei. Dem darin liegenden Wunsche konnte wie z. B. im „Hamb. Corr.“ hervorgehoben wird, nicht entsprochen werden, wenn gleichzeitig der andere auf möglichste Abkürzung der Wahlhandlung erfüllt werden sollte, wie es durch Streichung zeitraubender Verlesungen geschehen ist. Außerdem aber besteht die gesetzliche Vorschrift, daß eine engere Wahl vorzunehmen ist, wenn sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt. Würde nun die Wahlhandlung durch Reglement über einen ganzen oder halben Tag ausgedehnt, so ergäbe sich daraus für sehr viele Wähler, die nicht halbe Tage lang im Wahllokale warten wollen oder können, die Nothwendigkeit, zur Schlußzeit nochmals hinzugehen, um bei der etwaigen Stichwahl nicht zu fehlen. Das wäre gewiß keine Erleichterung. Schließlich dürfte es von einem patriotischen Wähler nicht zu viel verlangt sein, wenn er alle fünf Jahre einige Stunden auf das Wahlgeschäft verwendet.

### Cholera.

Dem kaiserlichen Gesundheitsamt sind aus Hamburg 17 Neuerkrankungen an Cholera, darunter 2 mit tödtlichem Ausgange, außerdem 1 Sterbefall unter den früher Erkrankten für die Zeit vom 21. bis 22. September Morgens angezeigt worden; aus Altona 1 Erkrankung.

In Berlin ist bei zwei Schifferleuten, die mit dem gestern erkrankt gemeldeten Bootsmann auf demselben Fahrzeuge sich befunden hatten, gleichfalls Cholera nachgewiesen.

### Gewerbegerichte.

Die „Blätter für sociale Praxis in Gemeinde, Vereinen und Privatleben“, welche zugleich Organ des neuen „Verbandes deutscher Gewerbegerichte“ sind, veröffentlichen das erste ausführliche Verzeichniß deutscher Gewerbegerichte nach amtlichen Quellen. Danach bestehen gegenwärtig im gesammten deutschen Reich 208 Gewerbegerichte, von denen 140 auf Preußen, 13 auf Bayern, 14 auf Sachsen, 9 auf Württemberg, 7 auf Baden, 4 auf Hessen, 3 auf Sachsen-Weimar, 6 auf Braunschweig, 5 auf die Reichsländer und je eines auf Oldenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Meuß ä. L., Lippe-Deimold und jede der drei Ansestädte entfallen. Ganz fehlen bisher die Gewerbegerichte in beiden Mecklenburg, in Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, beiden Schwarzburg, Waldeck, Meuß j. L. und Schaumburg-Lippe.

### Personalien.

Der Regierungs-Rath Meyer ist von der königlichen Regierung in Danzig an diejenige in Magdeburg versetzt worden.

Der neuernannte Regierungs-Assessor von Damnitz ist dem Landrath des Rheingaukreises überwiesen worden.

Die neuernannten Regierungs-Assessoren Hagemann und Pitsch-Schroener sind den Landrathen der Kreise Berent und Schroda und der Regierungs-Assessor von Krosigk in Magdeburg dem Landrath des Kreises Herford zur Hülfeleistung in den landrathlichen Geschäften zugetheilt worden.

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

Den glänzenden Manövertagen in Süddeutschland schloß sich die Reise unseres Kaisers

nach Ungarn an. Die dortigen Manöver dauerten bis zum 21. September und boten wegen der großen Masse der Truppen — vier Armeecorps kamen ins Gefecht — ein hervorragendes militärisches Interesse.

Unser Kaiser zeichnete den Generalstabschef der österreichisch-ungarischen Armee, Freiherrn v. Beck, mit dem Schwarzen Adlerorden aus. Nach Beendigung der Manöver ist der Kaiser von Güns nach Mohács übergeführt, wo er bis zum 25. d. M. zu jagen gedenkt. Unsere

#### Kaiserin

wird nach neueren Nachrichten am 30. September in Trafsenen ein treffen, ein Tag vor der dortigen Ankunft des Kaisers. Beide Majestäten begeben sich dann nach dem Jagdhaus Kominten, wo am 1. October die neuerbaute Kapelle eingeweiht werden soll.

Unter dem 20. September meldete das Wolffsche Bureau aus Güns, daß unser Kaiser dem Fürsten Bismarck nach

#### Kissingen

telegraphisch sein Beileid für die schwere Erkrankung des Fürsten ausgesprochen und ihm mit Rücksicht auf die ungünstigen klimatischen Verhältnisse in Friedrichsruhe den Aufenthalt in eines seiner Schlösser zur Erholung angeboten habe. Fürst Bismarck habe in einem ausführlichen Telegramm seinen lebhaften Dank ausgesprochen und unter Berufung auf den Rath seines Arztes darauf verzichtet, von dem kaiserlichen Anerbieten Gebrauch zu machen. Dieser hochherzige Gnadenbeweis des Kaisers ist von der Presse fast ohne Unterschied der Partei warm begrüßt worden. Es wird hervorgehoben, daß, wie sich der Kaiser durch sein Auftreten in Elsaß-Lothringen und Süddeutschland die Herzen auch solcher Kreise, die bisher mißtrauisch bei Seite standen, gewonnen habe, diese hocherfreulichen Eindrücke durch den Depeschenwechsel zwischen Güns und Kissingen noch bestärkt worden seien. Einige Berliner Blätter stellen Betrachtungen darüber an, warum der Kaiser erst nachträglich die schwere Erkrankung des greisen Staatsmannes erfahren habe, da doch die Blätter darüber berichtet hätten. Mein mit Recht wird dagegen darauf hingewiesen, daß die Nachrichten der Blätter durchaus widerspruchsvoll waren und daß erst nach überstandener Gefahr die Wahrheit bekannt wurde. Wird doch erst jetzt mitgeteilt, daß die Krankheit neben dem neuralgischen Leiden, das den Fürsten Bismarck öfter heimsucht, in einer schweren Lungenentzündung bestand, woraus sich die langsame Erholung und der ärztliche Rath zu einem Aufenthalt in Wiesbaden erklärt.

In

#### Colonialrath

ist über ostafrikanische Zollangelegenheiten, eine Enteignungsordnung für Ostafrika, die Versorgung befreiter Sklavensinder, Errichtung eines Straflagers in Togo verathen worden. Der Vorsitzende, Wirklicher Geheimrath Legationsrath Kahser, hatte die Tagung mit einer Ansprache eröffnet, in der er der Verdienste Emin Paschas, des afrikanischen Dulders und Irrfahrers Dohffens, Erwähnung that.

Im Reichstagsgebäude tagt unter Vorsitz des Unterstaatssecretärs von Rottenburg eine Versammlung von Regierungsvertretern und von Arbeitgebern und Arbeitern, um über die

#### Durchführung der Sonntagsruhe

in gewerblichen Anlagen zu verathen.

Das Staatsministerium hat unter dem 18. September ein neues

#### Wahlreglement

erlassen, das sich nicht darauf beschränkt, die gesetzlichen Neuerungen für das Wahlverfahren zu berücksichtigen, sondern auch in mehreren Punkten Erleichterungen und Abkürzungen des Wahlgeschäfts enthält.

Zwischen der Reichlichen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung ist wegen der

#### Berliner Wahlen

zum Abgeordnetenhaus helle Fehde entbrannt. Die Freisinnige Vereinigung hat nämlich beschlossen, selbstständig vorzugehen, und eigene Kandidaten aufzustellen. Das Organ Richters beschuldigt die Seceffionisten, „die Geschäfte der Reaction“ zu betreiben. Die Sache ist um so ärgerlicher für den Führer der Volkspartei, als große freisinnige Blätter die Männer seiner engeren Gefolgschaft durchaus nicht als „bewährte Größen“ gelten lassen wollen und immer wieder nach neuen Männern — „Kapacitäten“ — verlangen. Man höhnt sogar von dieser Seite über die Candidaten, die in Volksversammlungen nur einen rüden Ton gelernt hätten und mit einigen Phrasen wirthschafteten, „deren Wirkung auf Kundreischlagworten beruhe“.

### Aus dem Auslande.

In

#### Frankreich

hat die Begeisterung über den bevorstehenden Besuch eines russischen Geschwaders in Toulon einen solchen Grad erreicht, daß Rußland sich entschlossen hat, etwas Wasser in diesen Wein zu gießen und die Freunde an der Seine zur Vernunft zu ermahnen. Der russische Botschafter in Paris Baron Mohrenheim hat mit dem Minister des Aeußern Dabulle eine Unterredung gehabt, in Folge deren die Presse beauftragt wurde, auf die öffentliche Stimmung mäßigend einzuwirken. Im „Figaro“ ist dem entsprechend ein Artikel erschienen, der auseinandersetzt, daß der

Zar mit der Sendung der Flotte nur eine friedliche Demonstration bezwecke; diese aber laufe jetzt Gefahr, durch die beabsichtigten lärmenden und übertriebenen Manifestationen eine unerwünschte Färbung zu erhalten. Kurz, es wird vor der kraftheilerischen Begeisterung gewarnt, deren Beweggründe über die friedlichen Absichten des Zaren hinausgehen: eine Unvorsichtigkeit — so heißt es in dem Artikel — könnte Rußland unangenehm werden und es, was das schlimmste wäre, selbst abtrünnig machen. Man wird nun abzuwarten haben, ob dieser Wink verstanden und die prahlerische Aufdringlichkeit auf ein geringeres Maß zurückgeschraubt werden wird. Die festlichen Veranstaltungen in Paris sollen in Folge dieser Mahnung etwas eingeschränkt werden: Galavorstellung im Theater, Illumination und Ausschmückung der Straßen sollen als genügend angesehen werden; der Großfürst Alexis wird angeblich, obwohl er in Frankreich ist, auf die Theilnahme an den Festlichkeiten in Paris und Toulon verzichten und überdies wird vorsichtshalber gemeldet, daß der Aufenthalt der russischen Flotte, der ursprünglich auf 16 Tage berechnet war — er wird erst Mitte October stattfinden — möglicherweise aus dienlichen Rücksichten abgekürzt werden wird; ferner sollen die russischen Officiere von Toulon nach Paris nur gruppenweise kommen, Matrosen aber werden die Hauptstadt überhaupt nicht betreten. Zugleich wird gemeldet, daß die Sammlungen für die zu veranstaltenden Festlichkeiten in Frankreich einen etwas langsamen Verlauf nehmen. Auch russische Blätter haben in demselben Sinne wie der „Figaro“ abgewiegelt und lebhaft betont, daß Rußland den durchaus friedlichen Character des Flottenbesuchs nicht falsch aufgefaßt zu sehen wünsche. Immerhin wird es in Paris an der nöthigen Begeisterung wohl nicht fehlen; bemerkt sei übrigens, daß die französischen Socialdemokraten mit den Bourgeois in dieser Beziehung an einem Strange ziehen.

In

#### England

lenkt man mit gesteigerter Aufmerksamkeit den Blick nicht nur auf den russischen Flottenbesuch in Toulon, sondern auch auf die Absicht Rußlands, im Mittelmeer ein ständiges Geschwader zu errichten, für welches nach neuer Meldung Frankreich als Station einen Hafen auf Corsika zur Verfügung stellen will. Der angekündigte Besuch der englischen Mittelmeerflotte an den Küsten Italiens und insbesondere in Neapel soll zeigen, daß England die Bedeutung eines solchen Vorgehens nicht unterschätzt. Inzwischen nimmt wegen der Ablehnung der Homerule-Vorlage durch das Oberhaus die gegen das Bestehen des letzteren von liberaler Seite gerichtete Bewegung zu: es werden Versammlungen und Kundgebungen veranstaltet, die alle auf das gleiche Ziel hinauslaufen. Der Premier Gladstone will demnächst über diese Frage eine Rede halten, die man mit Spannung erwartet. In Irland ist die Erregung über den Beschluß des Oberhauses groß; aber auch der liberalen Regierung zeigt man sich nicht dankbar; man verlangt mehr von ihr, man verlangt jetzt Amnestie für die irischen politischen Sträflinge.

Nach Beendigung der

#### Manöver in Ungarn

sprach der Kaiser und König Franz Josef dem Erzherzog Albrecht seinen wärmsten Dank für die aufopfernde und hingebungsvolle Leitung der diesjährigen Manöver aus. Dem Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Freiherrn v. Beck, sollte der Kaiser die höchste Anerkennung für die so kriegsmäßige Anlage der Manöver.

Der Ausnahmezustand in

#### Prag

hat scharfe Polizeimaßregeln gegen jungczechische Ausschreitungen im Gefolge gehabt; auch an anderen Orten ist es zu antidynastischen Kundgebungen gekommen, so daß die weitere Ausdehnung des Ausnahmezustandes nicht unwahrscheinlich ist.

Die Stadt

#### Rom

hat am Mittwoch den Gedenktag des Einzugs der Truppen in die Hauptstadt Italiens, der am 20. September 1870 erfolgte, in feierlicher Weise begangen. Die Feier war eine würdige und lebhaft; zu Ruhestörungen kam es nicht.

In

#### Holland

sind die Generalstaaten zu ihrer regelmäßigen Sitzung zusammengetreten; sie werden sich namentlich mit einer Reform des Wahlrechts und mit der Fabrikbeaufsichtigung zu beschäftigen haben.

In

#### Brasilien

ist es noch zu keiner Entscheidung gekommen. Aber die Lage des Präsidenten Peiroto und seines Heeres erscheint sehr ernst, da die aufständische Flotte größere Erfolge mit dem Bombardement von Rio Janeiro gehabt hat. Neben englischen, französischen, italienischen Kriegsschiffen sind auch zwei deutsche dort angelangt, um die Interessen der Deutschen zu wahren. Für den Fall, daß der Admiral der aufständischen Flotte, Mello, siegreich bleibe, wird in südamerikanischen Berichten mit der Möglichkeit der Wiederherstellung der Monarchie gerechnet.

In

#### Argentinien

hat die aufständische Bewegung zugenommen. In Tucuman sollen die Regierungstruppen zu den Aufständischen übergegangen sein, ferner haben sich die Truppen von Corrientes, sowie einige Kanonenboote aufgelehnt.